

Anti-Terror-Gesetze gewährleisten unsere Sicherheit

Die christlich-liberale Koalition wird die Anti-Terror-Gesetze verlängern. Damit wirkt die CDU-geführte Bundesregierung der andauernden Bedrohung unserer Sicherheit durch internationalen Terrorismus entgegen.

- Die Gesetze werden zunächst auf weitere vier Jahre befristet.
- Neu ist, dass die Nachrichtendienste künftig bei zentralen Buchungssystemen der Luftfahrtunternehmen Auskünfte über Flüge von Terrorverdächtigen einholen können. Auch die Abfrage von Konto-Daten wird erleichtert. Bislang mussten die Ermittler dazu bei einzelnen Banken und Airlines um Auskunft bitten.
- Regelungen, die sich als unnötig erwiesen haben, laufen aus. So wird es zukünftig für die Geheimdienste keine Auskünfte über den Postverkehr und Postfächer mehr geben. Auch in die Bankschließfächer erhalten die Geheimdienste keinen Einblick.
- Es wird eine unabhängige Regierungskommission eingesetzt, die die Gesetzgebung im Sicherheitsbereich überprüfen soll. Damit wird der Interessenausgleich zwischen den Erfordernissen der Sicherheit und den berechtigten Freiheitsrechten der Bürgerinnen und Bürger sichergestellt.

Die Verlängerung der Anti-Terror-Gesetze ist notwendig für den erfolgreichen Kampf gegen den internationalen Terrorismus. Das Ergebnis zeigt: CDU ist die Partei, die mit Maß und Mitte Innere und Äußere Sicherheit zusammenführt.

Die Mitte.

CDU